



Aspekte russischer Wirtschaftspolitik

1. Die Transformations- und Privatisierungsphase 1991-2007
2. Wirtschaftspolitik der Russischen Föderation 2007-2016
3. Modernisierung in den russischen Regionen
4. Die Eurasische Wirtschaftsunion

1. Die Transformations- und Privatisierungsphase 1991-2007

Nach seiner Wahl zum Generalsekretär der KPdSU im Frühjahr 1985 initiierte Michail Gorbatschow Reformen von Staats- und Wirtschaftsstrukturen in der Sowjetunion. Um die Unterstützung der russischen Öffentlichkeit für die anstehenden Veränderungen zu erlangen, wurden plakative Begriffe wie Perestrojka (Umbau) oder Glasnost (Offenheit) kreiert, die den Reformwillen der politischen Führung und die Reformfähigkeit des sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems verdeutlichen und in Reformgesetze einfließen sollten. Während der Perestrojka-Phase 1986 bis 1991 bestanden die Ziele der Reformbemühungen u.a. in zaghaften Privatisierungsbestrebungen, in dem beispielsweise Kleinbetriebe und Familienunternehmen sowie Genossenschaften außerhalb des Staatssektors für zulässig erklärt wurden. Zudem stiegen Löhne und Gehälter unter Beibehaltung fester Verbraucherpreise, wodurch sich bei unelastischem Warenangebot allmählich ein Geldüberhang in der Endphase des sowjetischen Wirtschaftsmodells herausbildete.

Mit Verabschiedung der Bankengesetze im Jahr 1990 wurde der Aufbau eines 2-stufigen Bankensystems eingeleitet, das aus der Zentralbank und privaten Geschäftsbanken bestand. Die bezüglich ihrer Entscheidungsbefugnisse nicht vom Staat unabhängige Zentralbank sollte als geldpolitische Instanz und Aufsichtsorgan für den russischen Finanzmarkt fungieren.¹

Zu den Reformbestrebungen Ende der 1980iger Jahre gehörten auch eine Verfassungs- und Wahlrechtsreform sowie die Etablierung des Kongresses der Volksdeputierten als parlamentarisches Organ auf Unionsebene (UdSSR) und der Russischen Teilrepublik (RSFSR). Letzteres wählte Boris Jelzin 1991 zum Präsidenten des Arbeitsparlaments (Oberster Sowjet) der RSFSR.²

Verhängnisvoll für die eingeleiteten Reformbemühungen erwiesen sich die Konflikte zwischen den Institutionen des Gesamtstaats UdSSR und den politischen Strukturen der RSFSR

¹ Vgl. Peisker, Melanie: Transformationsökonomien China & Russland. S. 43ff.

² Vgl. Trunk, Alexander: Perestrojka und „Krieg der Gesetze“ – Rechtspolitik in der ausgehenden Sowjetunion. In: Düring, Michael [Hrsg]: Das Jahr 1991. S. 88ff.



sowie die wachsende persönliche Gegnerschaft der jeweils führenden staatlichen Repräsentanten Gorbatschow und Jelzin. Verstärkt wurden die Hindernisse für eine erfolgreiche Reformpolitik auf Unionsebene durch Widerstände nachgelagerter Bürokratieebenen der Zentralverwaltungswirtschaft, die an einer Umsetzung der Reformgesetze nicht interessiert waren.

Die anhaltende Wirtschaftskrise in der UdSSR, die Unabhängigkeitsbestrebungen bisheriger Teilstaaten (z.B. Estland, Lettland und Litauen) sowie die geplanten Reformen politischer und wirtschaftlicher Strukturen provozierten die Verfechter des bisherigen sowjetischen Gesellschaftsmodells im Sommer 1991 zu einem aussichtslosen Militärputsch, der wegen des Widerstands der Zivilgesellschaft, die in einer Vielzahl von landweiten Protesten Forderungen nach einer grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Neugestaltung des Landes artikuliert und des persönlichen Engagements von Boris Jelzin niedergeschlagen wurde. Die politische Konsequenz des Putschversuchs und der Massenproteste war die Auflösung der UdSSR im Dezember 1991.

Obwohl in Russland vereinzelt die Meinung vertreten wird, die Russische Föderation sei die Fortsetzung der Sowjetunion in anderer Form,³ gilt es inzwischen als allgemein akzeptiert, dass die RF im staatsrechtlichen Sinne als Nachfolgestaat der seit 1991 nicht mehr existierenden UdSSR fungiert.⁴ Ferner erklärten die Vertreter der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) Ende 1991 ihr Einverständnis, dass Russland den ständigen Sitz der UdSSR im UN-Sicherheitsrat übernimmt und die alleinige Atomstreitmacht mit Schutzfunktion für sämtliche GUS-Staaten darstellt.

Unter Präsident Jelzin war es nach 1991 Aufgabe der Reformpolitiker Igor Gajdar (1991/92 Wirtschafts-/Finanzminister sowie von 06/92 bis 12/92 Ministerpräsident) und Anatoli Chubais (Verantwortlicher für die Verwaltung des Staatsvermögens und im Kabinett Gaidar Vize-Ministerpräsident) zu entscheiden, welches Kapitalismusmodell für die Russische Föde-

³ „The frequently used notion „succession of a state“ doesn't shed light on the legal aspect of the issue. Russia is no successor of the Soviet Union – all former Soviet republics are such successors, according to the treaty of December 4, 1991 signed before the CIS was established. Russia has an extended status – it's the continuator of the Soviet Union. In other words, Russia retains the continuance of the former Soviet Union. The country is, in some way, the USSR reduced to one republic.“ Mezhuev, Boris: Russia: The Continuator of the Soviet Union. In: http://www.kommersant.com/p887743/r_527/ vom 29.04.2008 S.1.

⁴ „Die Rußländische Föderation, die gleichzeitig den Staatsnahmen Russland (Rossijskaja Federacija, Rossija) trägt, hat die Rechtsnachfolge der Ende 1991 untergegangenen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) angetreten. Diese war am 8.12.1991 von den Oberhäuptern der slawischen Unionsrepubliken *Boris Jelzin*, *Leonid Krawtschuk* und *Stanislaw Schuschkewitsch*, im weißrussischen Beloweschskaja Putschtscha für aufgelöst erklärt worden. Aufgrund der Deklaration von Alma-Ata, wo am 21.12.1991 die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) ins Leben gerufen wurde, existiert die UdSSR als Völkerrechts-Subjekt nicht mehr.“ Margareta Mommsen: Das politische System Rußlands. In: Wolfgang Ismayr [Hrsg]: Die politischen Systeme Osteuropas. S. 373.



ration in Betracht kommt und wie die dem kapitalistischen Wirtschaftsmodell inhärente Idee des Privateigentums in Russland durchgesetzt werden kann.

Wirtschaftstheoretisch können die folgenden 4 Kapitalismusformen unterschieden werden, die in unterschiedlichen Ländern Verwendung finden:

- liberale Marktwirtschaften (USA und Großbritannien)
- konsensual-koodinierte Wirtschaften (Dänemark, Schweden)
- kooperative Marktwirtschaften (Deutschland, Japan)
- asiatisches Modell (Südkorea)⁵

Sämtliche Ansätze berücksichtigen jedoch nicht die besonderen Umstände in Transformationsgesellschaften. Beeinflusst von US-amerikanischen Politikberatern⁶ fand ein neoliberaler Ansatz unter der Bezeichnung Washingtoner Konsens⁷ Eingang in den russischen Umgestaltungsprozess der frühen 1990iger Jahre.

Im Mittelpunkt dieses Ideengebäudes steht die Privatisierung bisher staatlich verwalteter Wirtschaftssektoren.⁸ Gajdar und Chubais erkannten den Vorrang des Privateigentums für das künftige Wirtschaftssystem Russlands an, um so eine Wiederkehr der sowjetischen Zentralverwaltungswirtschaft endgültig unterbinden zu können. Deshalb galt die Privatisierung als konstituierendes Merkmal einer neuen Wirtschaftsordnung in Russland, verbunden mit dem Subziel durch Privatisierung ein effizienteres Ressourcenmanagement zu erreichen.⁹ Unberücksichtigt blieb allerdings, dass die Bevölkerung und die Strukturen der Zentralverwaltungswirtschaft mit den Maximen privatwirtschaftlichen Handelns nicht vertraut waren. Ebenso wenig konnte nach über 70 Jahren Sowjetwirtschaft nicht mehr auf tradiertes Wissen oder unternehmerische Reststrukturen zurückgegriffen werden. Auch wurden die Grundsätze des Washingtoner Konsens nicht auf die besondere Situation von Volkswirtschaften in der Transformationsphase ausgerichtet. Dementsprechend wurde die Radikalprivatisierung in Russland als Schock-Therapie bezeichnet, mit der sich die Bevölkerung – von punktuellen Maßnahmen kurz vor der Preisliberalisierung wie Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst oder die Beibe-

⁵ Vgl. Lane, David: Was für eine Wirtschaft hat Russland? In: Russland Analysen Nr. 107/06. S. 2ff.

⁶ **Anmerkung:** Stellvertretend kann hier der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Jeffrey Sachs genannt werden, der als Berater bei Transformationsprozessen in Russland, Slovenien und Estland fungierte.

⁷ **Anmerkung:** Der Washingtoner Konsens beinhaltet einen Katalog von wirtschaftspolitischen Zielsetzungen wie Haushaltsdisziplin, Liberalisierung von Finanz- und Außenhandelswirtschaft, Privatisierung und Deregulierung, die nach Ansicht amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler und Politikberater bei der Umwandlung von Zentralverwaltungswirtschaften in Marktwirtschaften verwirklicht werden sollten.

⁸ Vgl. Stykow, Petra: Staat und Wirtschaft in Russland. S. 68ff.

⁹ Vgl. Bell, Claudia: Der fiskalische Föderalismus in der Rußländischen Föderation: Finanzwissenschaftliche Analyse der föderalen Neuordnung in einer Transformationsökonomie. S. 10ff.



haltung des Rubel abgesehen – weitgehend unvorbereitet auseinanderzusetzen hatte. Ein kohärentes auf die post-sowjetischen Gegebenheiten abgestimmtes Transformationsmodell wurde nicht entwickelt. Die nicht in einem allgemeinen Maßnahmenkatalog eingebundene Preisliberalisierung verstärkt durch den bereits vorhandenen Geldüberhang führte zu hohen Inflationsraten in den 1990er Jahren und zu drastischen Wohlstandsverlusten für breite Bevölkerungsschichten. „The focus was price liberalization, but it was not put into the wider context of general liberalization. Moreover, liberalization of prices under conditions of pervasive shortages would mean massive price increases across the board. After Yeltsin declared that prices would be liberalized once and for all, various interest groups chipped away at his resolve.”¹⁰

Die Umsetzung der Privatisierungspolitik kann in folgende Phasen untergliedert werden:

Tabelle 1:

Privatisierungs-/Transformationsabfolge

Phase	Zeitraum	Prinzip	Maßnahmen
1	01.1992 - 12.1992	Radikalprivatisierung von mehr als 23.000 mittleren und großen Betrieben sowie 170.000 kleineren Wirtschaftseinheiten.	- Eigentumsübertragung - Preisliberalisierung - Liberalisierung Außenhandel
2	12.1992 - 10.1994	Gradualistischer Ansatz, d.h. Verlangsamung des Privatisierungsprozesses und Geldmengenausweitung (Monetisierung).	- Moderate Fortführung der Privatisierung - Finanzausgleich Zentrale und Regionen - Haushaltskonsolidierung
3	10.1994 - 03.1998	Vorrang von Geldpolitik und Inflationsbekämpfung. Koordination von Geld-, Wechselkurs-, Finanzpolitik.	- Kürzung Staatsausgaben - Stop Kreditfinanzierung des Staatsbudgets - Effizienzsteigerung in der Steuerverwaltung
4	03.1998 - 05.1998	(Finanz-)Krisenmanagement	- Rubelabwertung - Zahlungsmoratorium - Verbot nonmonetärer Steuerzahlungen

Während der Radikalprivatisierung (auch spontane Privatisierung genannt) in den Jahren 1990 bis 1992, welche wegen fehlender gesetzlicher Vorgaben durch willkürliche Besitzeignungen gekennzeichnet war, konnten insbesondere Betriebsleiter und die sowjetische Nomenklatura das gesetzliche Vakuum in der ersten Transformationsphase zu ihren Gunsten

¹⁰ Aslund, Anders: How Russia became a market Economy. S. 68.



ausnutzen. Zwar wurde im Sommer 1991 ein erstes Privatisierungsgesetz verabschiedet, jedoch konnte es wegen fehlender administrativer Strukturen nur schrittweise umgesetzt werden. Erstaunlicherweise wurden u.a. bisherige Betriebsdirektoren de facto Manager im neuen Wirtschaftssystem, die sich eigentlich in Staatseigentum befindliche Wirtschaftsgüter aneigneten (asset stripping), worin der Beginn der später unter der Bezeichnung Oligarchentum bekannt gewordenen Besonderheit des russischen Kapitalismus gesehen werden kann. „However, the privatization of state-owned enterprises by issuing vouchers was controversial from the start, and only a small minority of Russian citizens benefited from it. The privatisation program that the Supreme Soviet had passed in 1992 was structured to prevent corruption, but the program that Chubais implemented encouraged the accumulation of vouchers and property in a few hands and opened the door to widespread corruption.“¹¹ Nicht zuletzt aus diesem Grund wird in der russischen Öffentlichkeit das Wort „*privatizasia*“ (Privatisierung) durch „*prichvatizasia*“ (zusammenraffen, aneignen) ersetzt.¹² Vor diesem Hintergrund formierte sich eine überparteiliche Opposition, die eine Verlangsamung des Privatisierungsprozesses unter Berücksichtigung nationaler und sozialer Interessen forderte.

Die nächste Stufe der Privatisierung (als Teil des russischen Transformationsprozesses) begann ab Januar 1994 unter dem Stichwort Massenprivatisierung. Um die Akzeptanz der neuen Wirtschaftsmodelle in der Bevölkerung zu untermauern, wurden Privatisierungsschecks (Voucherprivatisierung) unentgeltlich an alle Bürger ausgegeben, wobei Belegschaften Vorzugsrechte eingeräumt wurden. Die übertragbaren Privatisierungsschecks konnten zum Erwerb von Unternehmensanteilen eingesetzt oder verkauft werden. „All Russians received vouchers worth 10,000 rubles entitling them to a piece of government property estimated at 1.4 trillion rubles ... Opinion surveys say 29% of Russians chose to sell their vouchers, 21% invested them in voucher investment funds, 12 % in shares and about 10% gave them to relatives.“¹³ Wegen der hohen Inflation in den Jahren 1992 bis 1994 konnten breite Bevölkerungsschichten jedoch keine nennenswerte Wohlstandssteigerung aus dem Verkauf ihrer Voucher realisieren, denn der Wert der zu privatisierenden Objekte verblieb bis zum Abschluss der Voucherprivatisierung im Sommer 1994 auf dem Stand vom 01. Juli 1992, wo-

¹¹ Wedel, Janine R.: Collision & Collusion. S. 139.

¹² „Man kann sagen, dass der Hauptfehler dieser Privatisierung in ihrer Begrenztheit lag. Es kam nicht zur erhofften breiten Verteilung des Eigentums an den staatlichen Unternehmen in der Bevölkerung und damit zum Aufbau einer starken Schicht von Kleinaktionären, die sich für erfolgreiche Marktreformen einsetzen und bereit waren, die dafür notwendigen politischen Strategien zu unterstützen. Stattdessen profitierte von der Privatisierung ausschließlich die Sowjetbürokratie, was in breiten Teilen der Bevölkerung Unmut hervorrief und den Eindruck entstehen ließ, auf einen gigantischen Betrug hereingefallen zu sein. Gudkov, Lev/Zaslavsky, Victor: Russland – Kein Weg aus dem postkommunistischen Übergang? 2011. S. 50ff.

¹³ o.V. [RIA Novosti]: Russia's post-Soviet privatization, 15 years on. In: <http://en.rian.ru/russia/> vom 14.08.2007. S. 1-2.



durch der Verkaufspreis von Unternehmen inflationsbedingt deutlich entwertet wurde.¹⁴ Im Spannungsfeld zwischen Partikularinteressen der Regionen, die zum Teil erklärten am landesweit eingeleiteten Privatisierungsprozess nicht teilzunehmen, Branchenministerien, die hauptsächlich an der Erhaltung ihrer Einflussbereiche und an der Durchsetzung von Ausnahmeregelungen für bestimmte Branchen interessiert waren und schließlich staatlich-administrativer Strukturen, die aufgrund von Unkenntnis und unter dem Einfluss teils interessegebundener ausländischer Berater mit der Gestaltung eines gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses überfordert waren, verlief die Umgestaltung der russischen Wirtschaft selten in geordneten Bahnen und zum Nutzen der Bevölkerung. Bei Abschluss der Voucherprivatisierung zeigte sich, dass staatliche Institutionen weiterhin Anteile an den Privatisierungsobjekten hielten, die Insiderprivatisierung weit verbreitet war und lediglich in 10% aller Firmen ein tatsächlicher Wechsel der Eigentumsverhältnisse stattgefunden hatte. Im September erfolgte mit den „loan-for-share Auktionen“ (Kredit-Aktie-Swap) ein Paradigmenwechsel in der Privatisierungspolitik. Während mit der Voucherprivatisierung primär der Eigentümerwechsel bei bisher staatlichen Betrieben verwirklicht werden sollte, standen beim Kredit-Aktie-Swap gemäß des Privatisierungsprogramms vom Juli 1994 und dem Durchführungserlass vom August 1995 die Liquiditätsausstattung der Unternehmen (u.a. aus den Bereichen Erdgas/Erdöl, Telekommunikation sowie Bundmetalle) und die Finanzierung des Staatsbudgets im Mittelpunkt. „Das Konzept geht auf den Vorschlag eines Konsortiums der größten russischen Banken im März 1995 zurück. Diese hatten der Regierung angeboten, einen Kredit in Höhe von ca. 9 Bill. Rubel zur Finanzierung des Budgets gegen Verpfändung staatlicher Aktienpakete zur Verfügung zu stellen ... Die Investoren gaben Gebote über „Kreditbeträge“ ab, die dem jeweiligen Aktienpaket entsprachen. Den Zuschlag erhielt der Höchstbietende.“¹⁵ Allerdings erhielten russische Finanzinstitute den Zuschlag für den Kauf von Unternehmen, die häufig auch als ihre Kreditnehmer galten, zu auffällig günstigen Konditionen. So erwarb die Menatep-Bank (damals im Eigentum von Michail Chordorkowski) die Ölgesellschaft Yukos für 350 Mio. USD, deren Marktkapitalisierung später 6,2 Mrd. USD betrug.¹⁶ „Die Mehrheit der Auktionen gewannen Banken, deren Gebote nicht mehr als 15% über das Mindestgebot hinausgingen. In vielen Fällen entsprach das nicht

¹⁴ „Dies schaffte Anreize für die Spekulation mit den Vouchern an der Börse. Viele russische Bürger haben ihre Voucher in Zeiten der Wirtschafts- und Staatskrise verkauft. Die Hauptkäufer der Voucher waren die Belegschaften der Unternehmen, die große Voucher-Pakete für den Erwerb ihres Aktienanteils brauchten. Die Belegschaften waren von den Direktoren abhängig, die das Unternehmen kontrollierten. Diese versuchten Aktienverkäufe an „Fremde“ zu verhindern, und kauften die Aktien über sogenannte Briefkastenfirmen selbst.“ Engelking, Olga: Die Revision der Privatisierung in der Ukraine und der Russischen Föderation. S. 147ff.

¹⁵ Siehl, Elke: Privatisierung in Russland. S. 41.

¹⁶ Vgl. Klebnikow, Paul: Der Pate des Kreml. S. 339.



einmal dem Wert von zwei Jahresgewinnen der ersteigerten Unternehmen ... Trotz der offensichtlichen Bereicherung wurde diese Form der Privatisierung erst 1997 gesetzlich verboten. Fast alle bedeutenden Rohstoffkonzerne, mit Ausnahme des Gassektors, wurden weit unter Wert verkauft.¹⁷ Mit dem so ausgestalteten Kredit-Aktie-Swap wurde die Grundlage für die bis heute anhaltende enge Verbindung zwischen Finanzinstitutionen und großen Industriekonglomeraten gelegt, die beide vor allem in den 1990iger Jahren von Oligarchen kontrolliert wurden. Letztere hatten besonders unter der Präsidentschaft Jelzin bestimmenden Einfluss auf die russische Politik.¹⁸ Einflussreiche kommerzielle Strukturen unter Führung von Einzelpersonen oder Familien-Clans an der Spitze von Unternehmen des Rohstoff-, Produktions- und Kommunikationssektors dominieren die lukrativsten russischen Unternehmen. Das ursprüngliche Ziel des Privatisierungsprozesses, nämlich der transparente Übergang von großen Staatsunternehmen in (börsennotierte) Aktiengesellschaften mit breitgestreutem Anteilsbesitz und angestelltem Management wurde nicht erreicht.¹⁹ Eine Entflechtung dieser Kapitalkonzentrationen findet nur schleppend statt. Die Jahre 1995 bis 1997 gelten als Stabilisierungsphase im russischen Transformationsprozess. Eine restriktive Geldpolitik hatte zum Ergebnis, dass die exorbitant hohen Inflationsraten (1992: 1.526%, 1993: 875%, 1994: 311%) zurückgingen. Im Sommer 1996 lag die monatliche Inflationsrate bei unter einem Prozent. Zur Stabilisierung trug ebenfalls eine Änderung der staatlichen Finanzpolitik bei. So wurde das Budgetdefizit nicht länger durch Geldemission finanziert, sondern durch die Ausgabe längerfristiger Staatsobligationen, die ab Frühjahr 1997 auch von ausländischen Investoren erworben werden konnten. Bedingt durch die Krise auf asiatischen Finanzmärkten, fallender Öl- und Gaspreise auf den Weltmärkten und einer drastischen Abwertung des Rubel, befand sich die russische Transformationswirtschaft im Sommer 1998 erneut in einer existentiellen Krise. So mussten Zahlungen für Staatsobligationen ausgesetzt und hinsichtlich der Auslandsschulden von russischen Banken ein 90tägiges Moratorium verhängt werden. Die russische Wirtschaft erholte sich von diesem Einbruch nur langsam. Gründe dafür sind die, auch wegen des Ausbruchs der asiatischen Finanzkrise 1998, unzureichende Kreditversorgung der Realwirtschaft (1998 weniger als 10% des BIP) sowie neu ausbrechende Konflikte zwischen den Regionen und der föderalen Regierung hinsichtlich der Abführung von Steuern.

¹⁷ Felix Jaitner: Einführung des Kapitalismus in Russland. S. 112.

¹⁸ **Anmerkung:** Zu nennen sind hier Oligarchen wie Potanin, Gussinski, Chodorkowski oder Beresowski. Letzterer fungierte nicht nur als Verwalter des Wahlkampfonds zur Wiederwahl Jelzins im Jahr 1996, sondern wurde auch zum Vizepräsidenten des nationalen Sicherheitsrates berufen. Potanin fungierte zeitweise als stellvertretender Ministerpräsident für wirtschaftliche Belange.

¹⁹ Vgl. Tchekhoev, Soslan: Analyse der Privatisierung in der Russischen Föderation. S. 138.



Insgesamt lässt sich für die Transformationsperiode 1991 bis 1999 feststellen, dass es in der Jelzin-Ära nicht gelungen ist, ein kohärentes Transformationskonzept mit dem Hauptziel eines transparenten Privatisierungsprozesses zu entwerfen und durchzusetzen. Andererseits ist zu erwähnen, dass die russische Politik im Transformationsprozess keine adäquate Hilfe von supranationalen Institutionen erhielt. In diesem Zusammenhang kann das ambivalente Handeln des IWF genannt werden. Einerseits trug der IWF im Krisenjahr 1998 in Kooperation mit westlichen Geschäftsbanken zur Stabilisierung der russischen Staatsfinanzen durch Bereitstellung eines Kredits über 23 Mrd. USD bei. Andererseits empfahl der IWF Russland einen fixen Rubelkurs festzulegen, was nicht sinnvoll ist, wenn die Staatseinnahmen von wenigen volatilen Exportgütern wie Öl- und Gasprodukte abhängig sind. Ebenso erwies sich die IWF-Empfehlung den Kapitalverkehr zu liberalisieren als nicht zielführend, weil Russland in den 1990iger Jahren weder über einen leistungsstarken Bankensektor, noch über eine effektive Finanzaufsicht verfügte. Die fehlgeschlagenen Privatisierungsinitiativen führten damit bis 1999 zu folgenden Konsequenzen:

- Halbierung der Pro-Kopf-Einkommen
- Unzureichende rechtsstaatliche Strukturen
- Hohe Auslandsverschuldung
- Instabiles politisches System²⁰
- Hoher Kriminalisierungsgrad in der russischen Wirtschaft. Noch im Jahr 2008 gaben in einer Umfrage 82,5 % der befragten Unternehmen an, ein Ziel bedeutender wirtschaftskrimineller Aktivitäten gewesen zu sein.²¹
- Korruption als weit verbreitetes Phänomen in Wirtschaft und Verwaltung über alle
- Hierarchiestufen.

²⁰ Vgl. Welfens, Paul J.J./Wiegert, Ralf [Hrsg]. S. 10.

²¹ Vgl. Anishyuk, Alex: Report: Russia No. 1 in Economic Crime. In: <http://www.sptimes.ru/> vom 20.11.2009. S.1.



Tabelle 2: Korruptionsindex

Corruption Index Rankings						
Country	2015		2005		1995	
	Rank	Score	Rank	Score	Rank	Score
Denmark	1	9.1	4	9.5	2	9.3
Finland	2	9.0	2	9.6	4	9.1
Sweden	3	8.9	6	9.5	3	9.1
New Zealand	4	8.8	2	9.6	1	9.4
Netherlands	5	8.7	11	8.6	9	8.7
Norway	5	8.7	8	8.9	6	8.9
Switzerland	7	8.6	7	9.1	7	8.8
Singapore	8	8.5	5	9.4	7	8.8
Canada	9	8.3	14	8.4	5	9.0
Germany	10	8.1	16	8.2	13	8.3
Estonia	23	7.0	27	6.4	---	---
Lithuania	32	6.1	44	4.8	---	---
Slovenia	35	6.0	31	6.1	---	---
Latvia	40	5.5	51	4.2	---	---
Georgia	48	5.2	130	2.3	---	---
Romania	58	4.6	85	3.0	---	---
China	83	3.7	78	3.2	50	2.4
Belarus	107	3.2	107	2.6	---	---
Azerbaijan	119	2.9	137	2.2	---	---
Russia	119	2.9	126	2.4	47	2.6
Kazakhstan	123	2.8	107	2.6	---	---
Kyrgyzstan	123	2.8	130	2.3	---	---
Ukraine	130	2.7	107	2.6	---	---
Tajikistan	136	2.6	144	2.1	---	---
Uzbekistan	153	1.9	137	2.2	---	---
Turkmen	154	1.8	155	1.8	---	---
Iraq	161	1.6	137	2.2	---	---
Afghanistan	166	1.1	117	2.5	---	---

Source: Transparency International

Unter Berücksichtigung der Einschätzung von Transparency International, dass 90 bis 95% der Korruptionsfälle nicht aufgedeckt werden,²² dürften die öffentlich gewordenen Bestechungsvorgänge lediglich einen Bruchteil des tatsächlichen Problems darstellen. Nach Schätzungen des russischen National Anti-Corruption Committee liegen die Korruptionszahlungen bei ca. 300 Mrd. USD pro Jahr, wobei die durchschnittlichen Bestechungsgelder ca. 300.000 Rubel betragen. Da Statistiken des Russischen Gerichtshofs jedoch zeigen, dass in 60% der verhandelten Bestechungsfälle die Zahlungen lediglich 1.000 bis 10.000 Rubel betragen, liegt die Vermutung nahe, dass die spektakulären Bestechungsfälle nur punktuell zum Gegenstand

²² Vgl. o.V.: Korruption in Russland. In: <http://www.moskauonline.de/> vom 28.10.2005. S.1.



gerichtlicher Verfahren werden.²³ Nicht zuletzt wegen der wachsenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung angesichts des weit verbreiteten und ungelösten Korruptionsproblems, insbesondere in den öffentlichen Verwaltungen, hat die politische Führung unter Präsident Putin über das Innenministerium veranlasst, dass Korruptionsfahnder Verdachtsfällen auch auf ministerieller Ebene nachgehen sollen. So wurden Korruptionsvorgänge im Verteidigungs- und Landwirtschaftsministerium sowie in der Energiebehörde der Stadt St. Petersburg aufgedeckt, deren juristische Behandlung landesweite Signalwirkung haben soll.²⁴

Für die russische Wirtschaft ist das Korruptionsphänomen nicht nur ein Problem mangelnder Transparenz, z.B. bei Beschaffungsmaßnahmen oder der Vergabe von Aufträgen durch die öffentlich Hand, sondern es wird auch mit dem Problem der Kapitalflucht in Verbindung gebracht.

Tabelle 3: Kapitalflucht Russland

Jahr	Betrag in Mrd. USD
2008	129,9
2009	57,0
2010	33,6
2011	81,0
2012	57,0
2013	62,7
2014	153,0
2015	56,9

Quellen: russland-ews/banki.ru/FAZ/RT

Aus russischer Sicht ist allerdings zwischen Kapitalflucht und Kapitalexport zu unterscheiden. So weist die Kapitalbilanz des Landes für 2011 einen Netto-Kapitalexport in Höhe von 81 Mrd. USD aus. Wird dieser Betrag um Investitionen im Ausland, wie Fusionen oder Übernahmen, Kauf von Flugzeugen sowie Sonderrechnungsposten bereinigt, verbleibt für 2011 ein bereinigter Kapitalabfluss in Höhe von 41 Mrd. USD. Dennoch trägt auch dieser Betrag (der

²³ Vgl. Bratersky, Alexander: Corruption Market is \$300 Bln. In: <http://www.sptimes.ru/> vom 10.04.2013 S.1.

²⁴ Vgl. o.V.: Presse: Kreml kennt keine Gnade mehr bei Korruption. In: <http://www.aktuell.ru/russland/politik> vom 03.12.2012. S 1.